

Rathaus  
Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
pd@sk.so.ch  
parlament.so.ch

## **Auftrag Samuel Beer (GLP, Oberdorf): Prüfauftrag zur Stärkung der Berufsbildung im Kanton Solothurn**

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, mit welchen Massnahmen die Berufsbildung im Kanton Solothurn nachhaltig gestärkt werden kann.

Insbesondere ist zu prüfen:

1. Welche kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen die Sistierung sowie die Nichtverlängerung von Leistungsvereinbarungen in den Bereichen Berufsbildungsmarketing, Lehrstellenbörsen und begleitete Lehrstellenvermittlung aufweisen, namentlich in Bezug auf
  - a. die systematische Vermittlung von Informationen über das Lehrstellen- und Arbeitsmarktangebot an Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I,
  - b. den Übergang von der obligatorischen Schule in die Berufsbildung,
  - c. Jugendliche mit erschwertem Berufseinstieg,
  - d. die Anzahl Anschlusslösungen sowie
  - e. die Entwicklung der Lehrabbruchsquote.
2. Inwiefern die im Massnahmenplan 2024 zugrunde gelegte Annahme einer dauerhaft entspannten Lehrstellenmarktsituation regionale, branchenspezifische und qualitative Unterschiede ausreichend berücksichtigt, insbesondere mit Blick auf Berufe mit strukturellem Nachwuchsmangel sowie auf Jugendliche mit erhöhtem Unterstützungsbedarf.
3. Welche mittel- und langfristigen Folgekosten für den Kanton entstehen können, wenn präventive und begleitende Massnahmen im Übergang von der Schule in die Berufsbildung reduziert oder aufgehoben werden (z. B. zusätzliche Kosten für Brückenangebote, Case Management Berufsbildung, Sozialhilfe oder spätere Integrationsmassnahmen).
4. Ob die Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds – gegebenenfalls mit Ausnahmeregelungen für Unternehmen, die bereits einem GAV-Berufsbildungsfonds angeschlossen sind – zweckmässig, verhältnismässig und umsetzbar ist.
5. Welche weiteren Förderinstrumente oder Rahmenbedingungen geeignet sind, um das Lehrstellenangebot zu sichern, die Attraktivität der Berufslehre zu erhöhen und dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen.

*Begründung:* 28.01.2026 schriftlich.

Die Berufsbildung ist eine tragende Säule des Solothurnischen Bildungssystems und von zentraler Bedeutung für die Sicherung des Fachkräftebedarfs, sowie für die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons. Ein grosser Teil der Jugendlichen entscheidet sich für den beruflichen Bildungsweg. Entsprechend hoch ist die bildungs-, sozial- und volkswirtschaftliche Relevanz stabiler und attraktiver Rahmenbedingungen im Bereich der Berufsbildung.

Mit dem Massnahmenplan 2024 hat der Regierungsrat beschlossen, die projektbezogene Finanzierung von Massnahmen in der Berufsbildung – mit Ausnahme der Berufsmessen – zu sistieren und laufende Leistungsvereinbarungen nicht mehr zu verlängern. Davon betroffen sind unter anderem das Berufsbildungsmarketing (z. B. Erlebnistage Beruf, das Format «Rent a Boss», Bewerbungswerkstätten), die Lehrstellenbörsen, sowie die begleitete

Lehrstellenvermittlung von Wirtschafts- und Berufsverbänden. Diese Angebote wurden über mehr als zehn Jahre hinweg von tausenden Schülerinnen und Schülern, ferner Ausbildungsbetrieben genutzt und haben sich in der Praxis bewährt. Der Entscheid stützt sich insbesondere auf die Annahme einer entspannten Lehrstellenmarktsituation und des Weiteren auf finanzielle Restriktionen infolge sinkender Bundesbeiträge.

Bei den sistierten Projekten handelt es sich um gezielt präventive Massnahmen, die insbesondere Jugendliche mit erhöhtem Unterstützungsbedarf beim Übergang von der Schule in die Berufsbildung begleiten. Solche niederschweligen Angebote leisten einen wichtigen Beitrag zur Berufsorientierung, zur Durchlässigkeit des Bildungssystems, zur Reduktion von Lehrabbrüchen und zur Imagepflege der Berufslehre. Zudem fördern sie die Zusammenarbeit und den direkten Austausch zwischen Schulen und Ausbildungsbetrieben.

Parallel dazu werden in anderen Kantonen Modelle von obligatorischen Berufsbildungsfonds diskutiert oder sind bereits umgesetzt. Diese Fonds ermöglichen eine solidarische Finanzierung der Berufsbildung durch die Unternehmen und schaffen eine verlässliche Grundlage für langfristige Fördermassnahmen. Dabei leisten auch Unternehmen, die selbst keine Lernenden ausbilden, einen finanziellen Beitrag an die Berufsbildung und beteiligen sich damit an der Sicherung des Fachkräftenachwuchses. Im Kanton Zürich sind Unternehmen, die bereits einem Gesamtarbeitsvertrag mit eigenem Berufsbildungsfonds unterstellt sind, von der Beitragspflicht ausgenommen. In anderen Kantonen – beispielsweise Luzern – unterstehen grundsätzlich alle Unternehmen einem solchen Fonds.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, die getroffenen Sparentscheide kritisch zu überprüfen und gleichzeitig neue, langfristig tragfähige Finanzierungs- und Fördermodelle sowie verbesserte Rahmenbedingungen für die Berufsbildung zu prüfen.

Ziel dieses Auftrags ist es, die Berufsbildung im Kanton Solothurn zu stärken, alle Unternehmen angemessen in die Verantwortung einzubeziehen, die Attraktivität der Berufslehre nachhaltig zu sichern und schliesslich vermeintlich kurzfristige Einsparungen nicht durch mittel- und langfristige Folgekosten zu torpedieren.

*Unterschriften:* Beer Samuel, Ruf Philippe, Bader Jonas; Anderegg Matthias, Aschberger Richard, Boss Markus, Bürgi Denise, Dietschi Markus, Flück Heinz, Flury Andrea, Gloor Fabian, Häner David, Herzog Christian, Hirt Nicole, Jacomet Pascal, Kreuchi Freddy, Kummli Michael, Lupi Marco, Lüthi Thomas, Misteli Manuela, Nussbaumer Georg, Rohr Jennifer, Rufer Martin, Rusterholz Simone, Steggerda John, Vögeli Nadine, Weisskopf Sabrina, Wenger Thomas, Widmer Bettina